

«Uster und Wetzikon werden das Klima wohl kaum retten»



Seit Wochen ziehen Klimastreikende durch Schweizer Städte. GEORGIOS KEFALAS / Keystone

1 / 7

Uster war die erste Oberländer Stadt, in der Forderungen nach dem Klimanotstand politisches Gehör fanden. [In einer Einzelinitiative](#) erreichte eine Schülerin im Parlament, dass der «Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen» höchste Priorität beigemessen wird. Und auch in Wetzikon forderte die [SP-Fraktion den Stadtrat mittels einer Motion](#) dazu auf, den Klimanotstand auszurufen. Bis 2030 soll die Stadt etwa die Senkung der CO₂-Emissionen auf null anstreben. Ist nun Illnau-Effretikon die nächste grössere Stadt in der Region, die nachzieht?

«Was bedeutet Klimanotstand überhaupt?»

Stefan Eichenberger, Gemeinderat (FDP)

Von Schlagwort-Politik in der Klimadebatte hält zumindest GLP-Fraktionspräsident Andreas Hasler wenig. «Für uns stehen spezifische Massnahmen im Vordergrund.» Wie diese aussehen könnten, will er aber nicht sagen. Nur so viel: «Wir sind an der Ausarbeitung eines Vorstosses zum Thema», so Hasler. Das Etikett «Klimanotstand» müsse für ihn aber nicht drauf kleben. Eine Einstellung, die FDP/JLIE/BDP-Fraktionspräsident Stefan Eichenberger teilt: «Was bedeutet Klimanotstand überhaupt? Die Frage ist doch, ob ein solches Schlagwort das richtige Mittel ist, um in der Debatte voranzukommen.»



Andreas Hasler (GLP): «Für uns stehen spezifische Massnahmen im Vordergrund.» (Archivfoto: Seraina Boner)

«Sensationell!»

Urs Gut, Präsident der Grünen Illnau-Effretikon, findet: «Vorerst müssen wir Uster und Wetzikon ja nicht gleich kopieren.» Er verweist auf das aktuelle Schwerpunktprogramm des Stadtrats. Dieses sieht bereits [Massnahmen gegen die Klimaveränderung](#) vor. «Dass der Stadtrat den Klimawandel zu einem der Hauptanliegen erklärt hat, ist an sich schon sensationell.»

Die konkreten Ziele, wie dagegen vorgegangen werden soll, wird das Parlament an der nächsten Ratssitzung besprechen. «Die Grünen werden die Umsetzung der Massnahmen genau verfolgen», so Gut. Zusätzlich plane die Partei weitere Vorstösse zum Thema. Ein Postulat für eine Kunststoff-Sammelstelle wurde bereits eingereicht. In Kürze soll ein Vorstoss zur Solarenergie folgen.

Forderung nach Atomkraftwerken

Auf bürgerlicher Seite sieht man in Illnau-Effretikon derzeit keinen Handlungsbedarf. René Truninger (SVP) will trotz der letzten Wahlschlappe nicht auf den Klimazug aufspringen. Natürlich sei die Umwelt auch ihm ein grosses Anliegen. «Aber Uster oder Wetzikon werden das Klima wohl kaum retten. Einen Notstand auszurufen ändert noch gar nichts.» Massnahmen gelte es eher in Sachen Energieverbrauch zu ergreifen: «Wir benutzen immer mehr Geräte, die Strom verbrauchen. Und wenn in Zukunft mehr Elektroautos gefahren werden, sowieso.» Einen Ausweg sieht der Kantons- und Gemeinderat etwa in modernen Atomkraftwerken der neusten Generation. «Die AKWs in der Schweiz sind 50 Jahre alt. Die Technologie hat sich aber massiv weiterentwickelt.»

Während in Wetzikon die Forderung nach einem Klimanotstand aus den Reihen der SP kam, zeigt sich die Illnau-Effretiker Fraktion zurückhaltend: «Es ist wichtig, dass wir uns dem Thema annehmen und die Verantwortung für uns und unsere Stadt übernehmen», sagt zwar Fraktionschefin Brigitte Rööfli. Dennoch würde man Einzelmassnahmen bevorzugen. «Diese sind wirkungsvoller für eine kleine Stadt wie Illnau-Effretikon.»



Co-Working-Space könnten zur reduzierten Mobilität beitragen, findet SP-Gemeinderat Maxim Morskoi.

(Symbolfoto: PD)

So hat kürzlich Jungpolitiker Maxim Morskoi ein Postulat für sogenannten «shared workspace» eingereicht. Die

Idee: Leere Gewerberäume könnten von Pendlern zwischengenutzt werden, die nicht auf einen fixen Arbeitsplatz angewiesen sind. Dies würde zur Lösung des Mobilitätsproblems im öffentlichen Verkehr und damit zur Energiewende beitragen, so Morskoi.

Kein Notstand, aber konkrete Ziele in Dübendorf

Auch in Dübendorf werden die Grünen in Sachen Klima aktiv. Gemäss Gemeinderat Julian Croci ist eine Motion in Vorbereitung, die erreichen will, dass die Verwaltung und die städtischen Betriebe bis 2030 klimaneutral werden – und das ohne Kompensationsmassnahmen im Ausland. «Ein ambitioniertes Ziel, das ist uns bewusst», sagt Croci, «aber die Klimaerwärmung ist das grösste Problem unserer Zeit, und wir können es uns nicht leisten, einfach nichts oder nur wenig zu tun.»

Wie genau die Motion formuliert sein wird, ist noch nicht klar. Denn die Grünen möchten für ihr Anliegen eine möglichst breite Allianz bilden und suchen deshalb die Unterstützung bis weit in die politische Mitte hinein. Noch fanden deshalb Gespräche mit Vertretern anderer Parteien statt, sagt Croci. «Die Motion wird es im Gemeinderat nicht leicht haben, aber eine knappe Mehrheit ist durchaus möglich», sagt Croci. Aus diesem Grund wolle man das Klimaziel auch nicht in der Gemeindeordnung festschreiben, wie das in Wetzikon geplant sei. «Wir werden wohl eine etwas weniger verpflichtende Variante wählen, in dem wir den Stadtrat auffordern, eine Strategie auszuarbeiten, die Treibhausemissionen bis in elf Jahren auf null zu reduzieren.»

